

Das Kind mit dem Bade ausschütten?

Mein Standpunkt: Beitrag von Hansrudi Sele, Vaduz, zur Verfassungsdiskussion

Nun ist sie entbrannt, die so genannte Volksdiskussion über die Lösung des Verfassungstreites, den ich weitgehend über die Zeitungen mitbekomme. Ich stelle bei mir fest, dass mich dieser Streit mehr beschäftigt als mir lieb ist und denke, dass es anderen ähnlich ergeht. Es könnte absolut sein, dass wir in Liechtenstein, je nach Ausgang der Landtagsdebatte und der späteren Volksabstimmung, vor einer epochalen Veränderung stehen. Es könnte ein politisches Grounding werden. Wollen wir das?

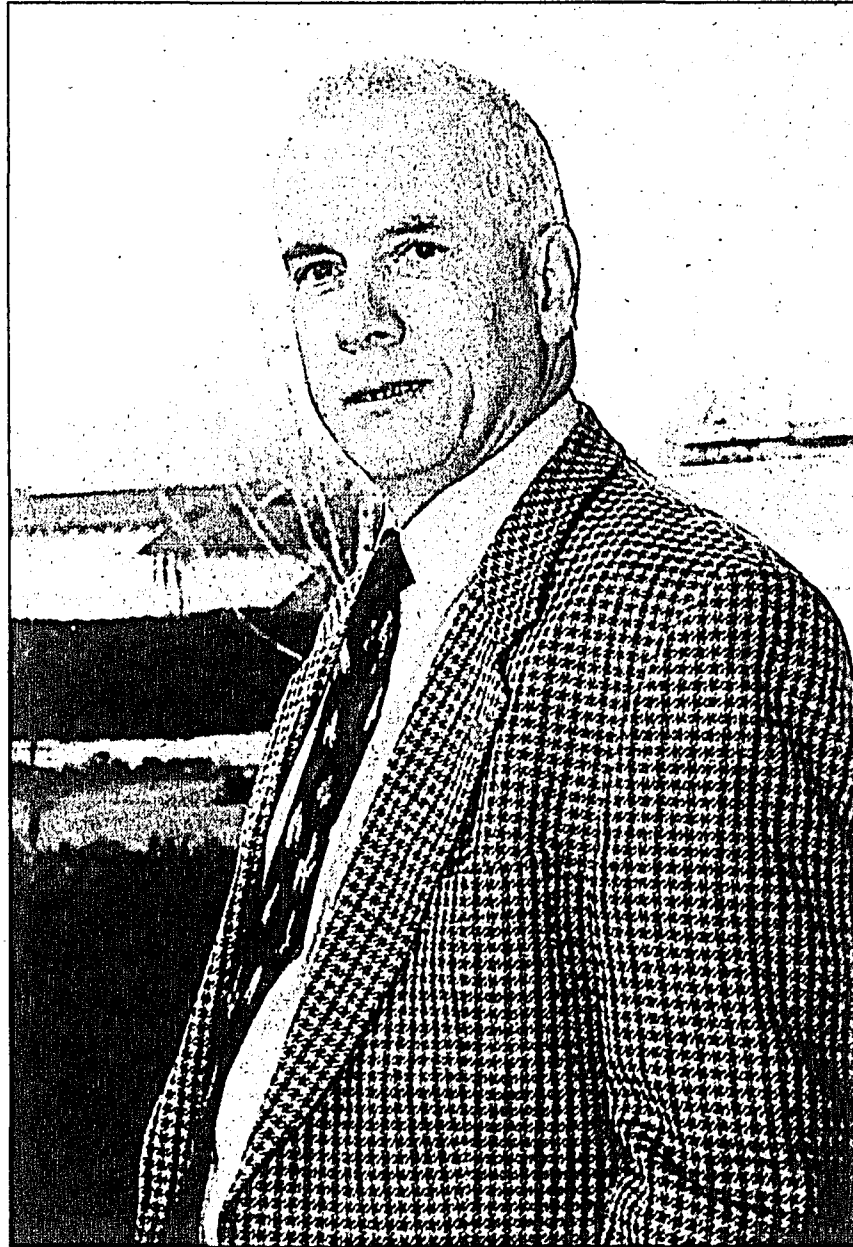
Musste es so weit kommen, dass sich nun Mann und Frau in die Haare geraten, dass die Abstimmungsfrage sich auf «pro oder kontra Fürst» reduziert, dass Freunde nicht mehr miteinander reden, dass manche schweigen, weil sie eben dies verhindern wollen? Hätten sich unsere Staatsführer vor Jah-

Mein Standpunkt

ren zuerst darüber geeinigt, auf welchem Weg man eine geordnete Verfassungsrevision angehen kann, würde heute wohl auch ein weniger umstrittenes Ergebnis vorliegen. Davon bin ich überzeugt.

Masslos enttäuscht

Statt dessen gehen die Emotionen hoch, kommt es zur Bildung von Cliquen, werden Beziehungen gekündigt, bekommen manche Menschen Angst, wenn sie an gewisse Zukunftsszenarien denken ich bin masslos enttäuscht darüber, dass es so weit gekommen ist! Die Schweiz hat in den letzten Jahren eine Verfassungsrevision vorge-



Hansrudi Sele: «Ich bin heute froh, dass die Regierung Hasler einen Schritt vorwärts getan und eine Vorlage in den Landtag gebracht hat, die eine Grundlage für eine Lösung darstellt.»

nommen. Es war eine mehrjährige Arbeit mit wohl auch manchen strittigen Fragen. Was haben wir davon mitbekommen? Im Kanton Zürich ist die Erarbeitung einer neuen Verfassung im Gange. Es wurde ein Verfassungsrat gewählt, der sich auf eine Vorlage zu einigen hat, die dann ins Parlament

und schliesslich vors Volk kommt. Warum ist so etwas bei uns nicht möglich geworden?

Die juristische Sicht allein ist einseitig!

Ich bin kein Jurist und werde mich daher nicht auf die einzelnen Verfas-

sungsartikel einlassen. Von den Juristen selbst höre ich unterschiedliche Interpretationen. Als Laie weiss ich nicht mehr so recht, wem ich Glauben schenken soll. Wenn nun aber Juristen der Meinung sind, dass bei einer Ablehnung der Regierungsvorlage alles beim Alten bleibe, auch wenn der Fürst nicht mehr in unserem Lande residiert, so kann ich diese Ansicht nicht mehr teilen. Sie mag zwar juristisch richtig sein. Auf den ersten Anhub erschien mir dies auch einleuchtend. Bei dieser Einschätzung fehlen jedoch die politische und die psychologische Dimension, und sie ist daher ein Trugschluss. Die politische Dynamik wird sich bei einem Wegzug des Fürsten auf jeden Fall verändern. Da könnte ein Soziologe evtl. einiges dazu sagen.

Verschiedene Szenarien

Letztlich hat einer geschrieben, dass er sich für unser Land verschiedene politische Szenarien vorstellen könne. Das kann ich mir auch. Doch gibt es für die Staatsform optimalere und weniger optimale Szenarien. Nicht jede Variante ist gleichwertig.

Ausschlaggebend für meine Haltung ist doch, wie ich die einzelnen Szenarien beurteile.

War es eine Drohung, eine Erpressung?

Mich hat die mehrfache Äusserung des Fürsten vom Koffer packen auch verletzt und geärgert. Ich gehe aber nicht so weit, wegen dieser Äusserung das politische System in Frage zu stellen. Wenn manche Mitbürgerinnen und Mitbürger diese Äusserung als Drohung oder Erpressung empfunden haben, so kann ich das gut verstehen. Ich persönlich glaube zwar nicht, dass sie so gemeint war. Und falls sie so gemeint war, dann wäre dies unklug gewesen. – Nun, darf ein Fürst auch Fehler machen? – Ich persönlich könnte dem Fürsten diesen Fehler nachsehen. Andererseits kann man sich auch fragen, ob es wirklich besser gewesen wäre, wenn der Fürst seine Pläne verschwiegen hätte. Wegen dieser Äusse-

rung jedoch das politische System zu verändern, wäre nun wirklich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Werden alte Rechnungen beglichen?

Ich werde den Eindruck nicht los, dass manche Polit-Exponenten versuchen, in diesem Verfassungstreit andere alte und persönliche Rechnungen zu begleichen. Dafür hätte ich kein Verständnis. Persönliche Rachegeleüste oder Retourkutschen müssten in der Verfassungsfrage zurückgestellt werden.

Ich habe auch keine Nachsicht jenen gegenüber, die es vor Jahren versäumt haben, für die Verfassungsrevision einen geordneten Weg zu definieren. Ich bin heute froh, dass die Regierung Hasler einen Schritt vorwärts getan und eine Vorlage in den Landtag gebracht hat, die eine Grundlage für eine Lösung darstellt. So besteht doch die Hoffnung, dass dieser Konflikt, der nun seit Jahren so viele Kräfte bindet, die wir zur Bewältigung anderer Herausforderungen dringend benötigen, innert nützlicher Frist gelöst werden kann.

Was wollen wir eigentlich?

Ich denke, dass wir uns vor allem klar darüber werden sollen, was wir eigentlich wollen. Was wünsche ich mir für unser Land? Ich wünsche mir die Beibehaltung der Monarchie als duales System. Ich glaube nach wie vor daran, dass dies eine optimale Lösung für unser Land darstellt. Heute auch deshalb, weil die internationalen Herausforderungen gegenüber 1921 enorm komplexer und anspruchsvoller geworden sind. Ich wünsche mir auch eine starke Stellung des Fürsten in der Verfassung, weil ich überzeugt bin, dass dies angesichts unserer kleinen, oft beengten Verhältnisse eher ein Vorteil ist. Ich wünsche mir weiters, dass der Fürst (gerne) in unserem Lande residiert. Für diese Wünsche gibt es im Detail wohl mehrere Regelungsvarianten und nicht nur eine einzige «wahre» Lösung.

Gewichtige Flüstertüte

Der «Demokratieverstärker» soll weg

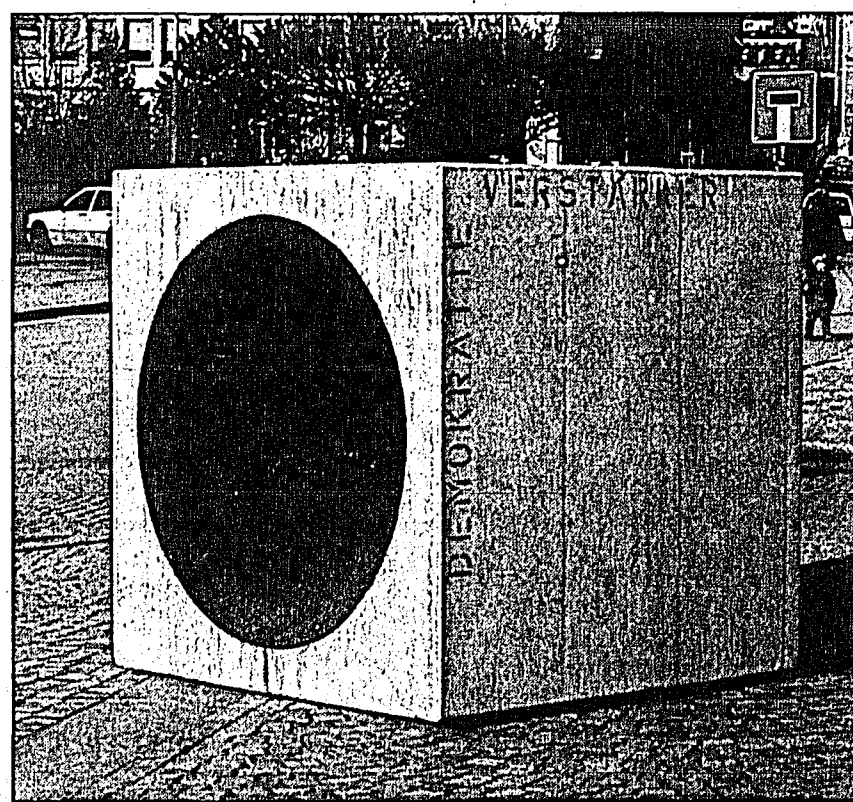
Seit der Eintretensdebatte auf den Verfassungsvorschlag der Regierung im Dezember steht er unübersehbar vor dem Regierungsgebäude: Der «Demokratie-Verstärker», aufgestellt vom Verein Trachter. Jetzt soll der Betonwürfel wieder weg.

Rebecca Marogg

Siebeneinhalb Tonnen Beton behaupten ihren Platz: Der «Demokratie-Verstärker» steht unübersehbar vor dem Rheinberger-Denkmal, nachdem er von seinem ersten Platz unmittelbar vor dem Regierungsgebäude weichen musste. Und dort soll er auch bleiben, zumindest wenn es nach dem Verein Trachter geht.

Sprachrohr

Der Verein hat den Betonwürfel mit integriertem Sprachrohr geschaffen und platziert und findet, dass er als Mahnmahl an seinem Platz bleiben sollte, bis er seinen Zweck erfüllt hat, im Klartext: bis nach der Volksabstimmung. «Der Demokratie-Verstärker



Siebeneinhalb Tonnen wiegt der «Demokratie-Verstärker». Nun soll er wieder weg von seinem Platz beim Regierungsgebäude. (Bild: rem)

stellt eine Stärkung des Parlaments dar. Er soll dazu ermutigen, seine Meinung zu sagen; ohne Scheuklappen und ohne Maulkorb», erklärt Stefan Sprenger vom Verein Trachter. Er hat den Würfel zusammen mit Werner Marxer und Hansjörg Quaderer geschaffen und plädiert entschieden für die Berechtigung des Würfels, zu bleiben wo er ist. «Zudem soll der «Demokratie-Verstärker» die horizontale Diskussionsebene zwischen den Gemeinden und den Landtagsabgeordneten symbolisieren, im Gegensatz zur vertikalen zwischen Schloss und Regierung», führt Stefan Sprenger weiter aus.

«Bitte unverzüglich entfernen»

Das Problem: Der Verein Trachter hat den «Demokratie-Verstärker» ohne Bewilligung aufgestellt. Davon ist die Regierung wenig begeistert. Laut Walter Walch vom Hochbauamt wurde der Würfel ohne Genehmigung aufgestellt, die allerdings nachträglich, mit der Bedingung der Verschiebung zum Rheinberger-Denkmal, befristet erteilt wurde. Am 6. Januar hätte das Demo-

kratiesymbol wieder weg sein sollen, heisst es in einem Brief des Hochbauamtes an Stefan Sprenger. Dieser ist überrascht: «Wir wussten nichts von dieser Befristung», erklärt er. Im Brief des Hochbauamtes wird gefordert, dass der «Demokratie-Verstärker» in den nächsten Tagen abtransportiert werden muss. Sollte dies nicht geschehen, ist das Hochbauamt mit dem Abtransport auf Kosten des Vereins Trachter beauftragt.

Der Brief führt ausdrücklich aus, dass sowohl Regierung als auch Hochbauamt grundsätzlich das Aufstellen von Kunstwerken im öffentlichen Raum befürworten, dass hierfür jedoch zwingend eine Einwilligung des Grundbesitzers nötig sei, die in diesem Fall nicht vorliege und am Standort Rheinberger-Denkmal auch nicht erteilt werde.

Logische Konsequenz: Der «Demokratie-Verstärker» muss weg. Stefan Sprenger erklärte gestern gegenüber dem Volksblatt, dass der Verein eine weitere Zeit abwarten wolle, den Würfel aber entfernen werde, bevor dies das Hochbauamt tue.

REKLAME

Wir sagen JA zur Verkehrsinitiative

Stimmen auch Sie am 8./10. März mit JA.

Initiativkomitee «Verkehrspolitik mit Zukunft»



„Luaga, losa, laufa - wänn nüt kunt kascht go!“

Hermann Bürzle



„Ich unterstütze eine intelligente, zukunftsfähige und nachhaltige Verkehrspolitik.“

Bernadette Brunhart



„Damit unsere Kinder ihren Kindern ein lebenswertes Liechtenstein übergeben können.“

René Kindli